

Datenschutzrecht in der internationalen Unternehmenspraxis

Dr. Lukas Feiler, SSCP
Baker & McKenzie

9. Dezember 2013



TOPICS

- Einführung in das Thema Datenschutz aus rechtsvergleichender Sicht
- Anwendbares Recht
- Regulatorische Anforderungen
- Outsourcing
- Aktuelle IT-Trends: BYOD, Cloud Computing & Big Data
- PRISM, Tempora & Co

Datenschutz als Grundrecht in der EU

- Europäische Menschenrechtskonvention
 - Schützt Privatsphäre (Artikel 8)
- EU Grundrechtecharta
 - Schützt das Grundrecht auf Datenschutz (Artikel 8)
- Österreich: § 1 Datenschutzgesetz 2000
- Deutschland: Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung

Data Privacy nach U.S.-Recht

- Verfassungsrecht
 - 1st Amendment: Freedom of association schützt auch die Vertraulichkeit von Mitgliederlisten (NAACP v. Alabama, 357 U.S. 449 (1958))
 - 4th Amendment: Schutz vor unreasonable searches & seizures; gilt aber nur wenn “reasonable expectation of privacy” (Katz v. United States, 389 U.S. 347 (1967))
 - secrecy paradigm

Data Privacy nach U.S.-Recht #2

- Federal law
 - Nur sektor-spezifischer Schutz in Reaktion auf konkrete Vorfälle
 - Health Insurance Portability and Accountability Act: health care providers
 - Gramm-Leach-Bliley Act: financial institutions
 - Fair Credit Reporting Act: credit reporting agencies
 - Video Privacy Protection Act: video tape service providers
 - Hauptsächlich: self-regulation
- Common law / privacy torts
 - intrusion upon seclusion → secrecy paradigm
 - public disclosure of private facts → secrecy paradigm

Is Privacy Dead?

- “You have zero privacy anyway, get over it”
- Milliarden von Usern haben Facebook-Profilen, viele sind öffentlich
- Schätzen Konsumenten Privatsphäre?
 - Hängt vom Kontext ab!
 - “Privacy in Context”: Konsumenten sind bereit, ihre Daten in einem Kontext zu teilen, verweigern es aber in einem anderen
 - manche teilen Informationen über ihre religiösen Ansichten mit ihren Freunden, nicht aber mit Kollegen
 - Während sie Informationen über ihr Gehalt mit ihren Kollegen, nicht aber mit ihren Freunden teilen
 - Facebook: privater Kontext (Familie, Freunde, Bekannte)
 - Google+: circles replizieren “Lebenssphären”

Datenschutz-Compliance

- Datenschutz-Compliance gewinnt an Wichtigkeit
 - Rechtliche Risiken: Strafen von bis zu EUR 25.000 pro Verstoß
 - Image-Risiken: Compliance-Defizite & Security Breaches gefährden Image des Unternehmens
 - Wirtschaftliche Risiken durch verlorenes Kundenvertrauen
- Jüngste Entwicklungen
 - “Hacktivists” machen Security Breaches publik (zB Anonymous)
 - Datenschutz-Aktivisten prangern Compliance-Defizite an (zB Europe v. Facebook)
 - Datenverarbeitungsregister ist seit 1.9.2012 online

Der Rechtsrahmen in der EU

- Datenschutz-Richtlinie (DS-RL; RL 95/46/EG)
 - EuGH (C-468/10 und C-469/10):
 - nicht nur Mindeststandard, sondern Vollharmonisierung
 - unmittelbar anwendbar sofern im Einzelfall hinreichend bestimmt
- ePrivacy Directive (2002/58/EG) – gilt grundsätzlich nur für Telekommunikationsunternehmen
- Am Horizont:
 - Neue Datenschutz-Grundverordnung (KOM (2012) 11)
 - Richtlinie über die Datenverarbeitung durch Strafverfolgungsbehörden (KOM (2012) 10)

Was sind “personenbezogene Daten”?

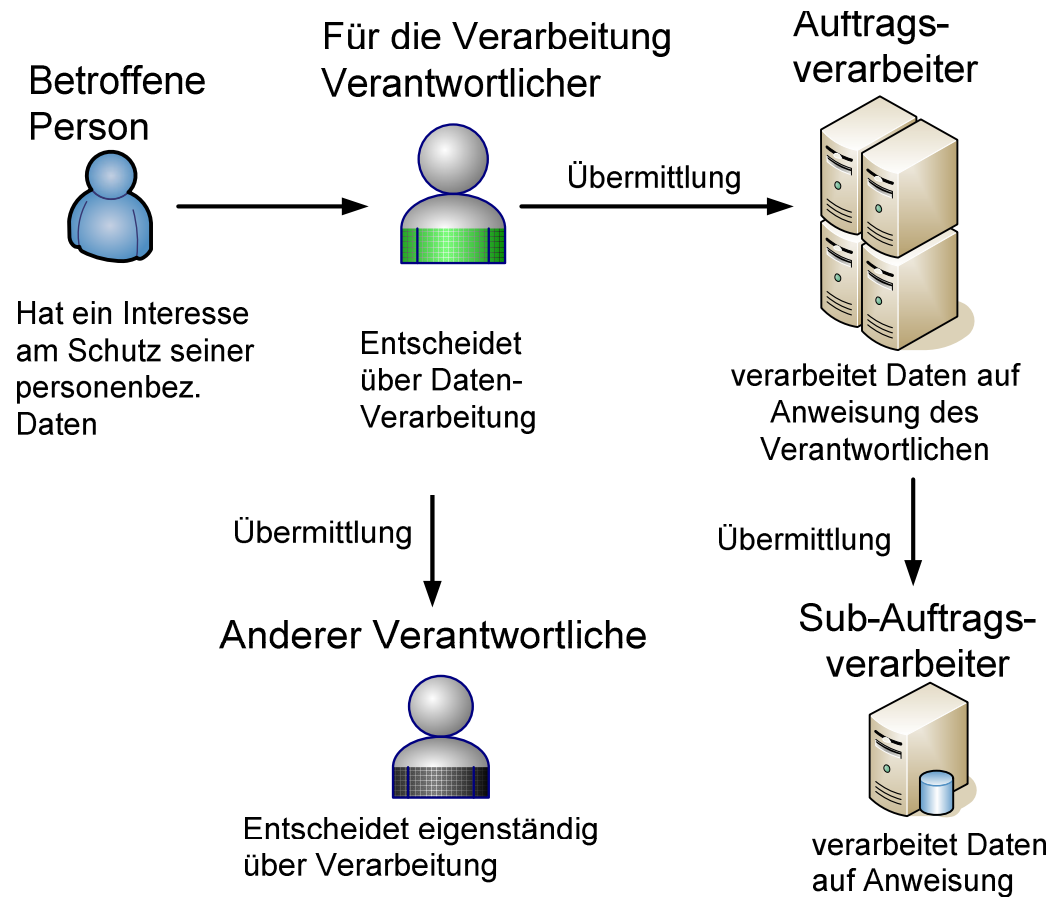
Personenbezogene Daten

- Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare Person
 - Es ist ausreichend, dass irgendjemand einen Personenbezug herstellen kann

Akteure im Bereich des Datenschutzrechts (Art 4 DS-RL)

- Betroffene Person (Betroffener)
 - natürliche Personen, deren Daten verwendet werden
(in Ö: auch juristische Personen)
- Für die Verarbeitung Verantwortlicher (Verantwortlicher)
 - Personen, die allein oder gemeinsam über Zwecke und Mittel der Datenverarbeitung entscheiden
 - unabhängig davon, ob sie die Daten selbst verarbeiten oder damit einen Auftragsverarbeiter beauftragen
- Auftragsverarbeiter
 - Personen, die Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeiten → Service Provider

Akteure im Bereich des Datenschutzes



Regulierungsbehörden

- Nationale Aufsichtsbehörden
 - EU-Datenschutzrecht wird ausschließlich von nationalen Behörden vollzogen (Art 28 DS-RL)
- European Data Protection Supervisor (EDPS)
 - Überwacht Einhaltung des Datenschutzes durch EU-Institutionen
 - Berät EU-Institutionen in legislativen Angelegenheiten
- “Art 29 Working Party”
 - Besteht aus Vertretern der nationalen Behörden
 - Berät die Europäische Kommission und die nationalen Behörden

Nationale Datenschutzrechte differieren – Welches Recht gilt? (Art 4)

- Grundsatz: Ort der Niederlassung des Verantwortlichen ist entscheidend
 - zB wenn X GmbH Internet-Dienste in der ganzen EU anbietet aber nur in Österr. eine Niederlassung hat: österr. Recht gilt.
- Wenn Verantwortlicher mehrere Niederlassungen in der EU hat:
 - Im Rahmen der Tätigkeiten welcher Niederlassung erfolgt die Datenverarbeitung?
 - zB EU-weit operierendes Unternehmen implementiert eine CRM-Lösung für alle seine Niederlassungen in der EU → jede Niederlassung muss sich an lokales Recht halten
- Wenn der Verantwortliche keine Niederlassung in der EU hat:
 - Muss das Recht jener EU-Mitgliedstaaten befolgen, in denen Mittel zur Datenverarbeitung verwendet werden

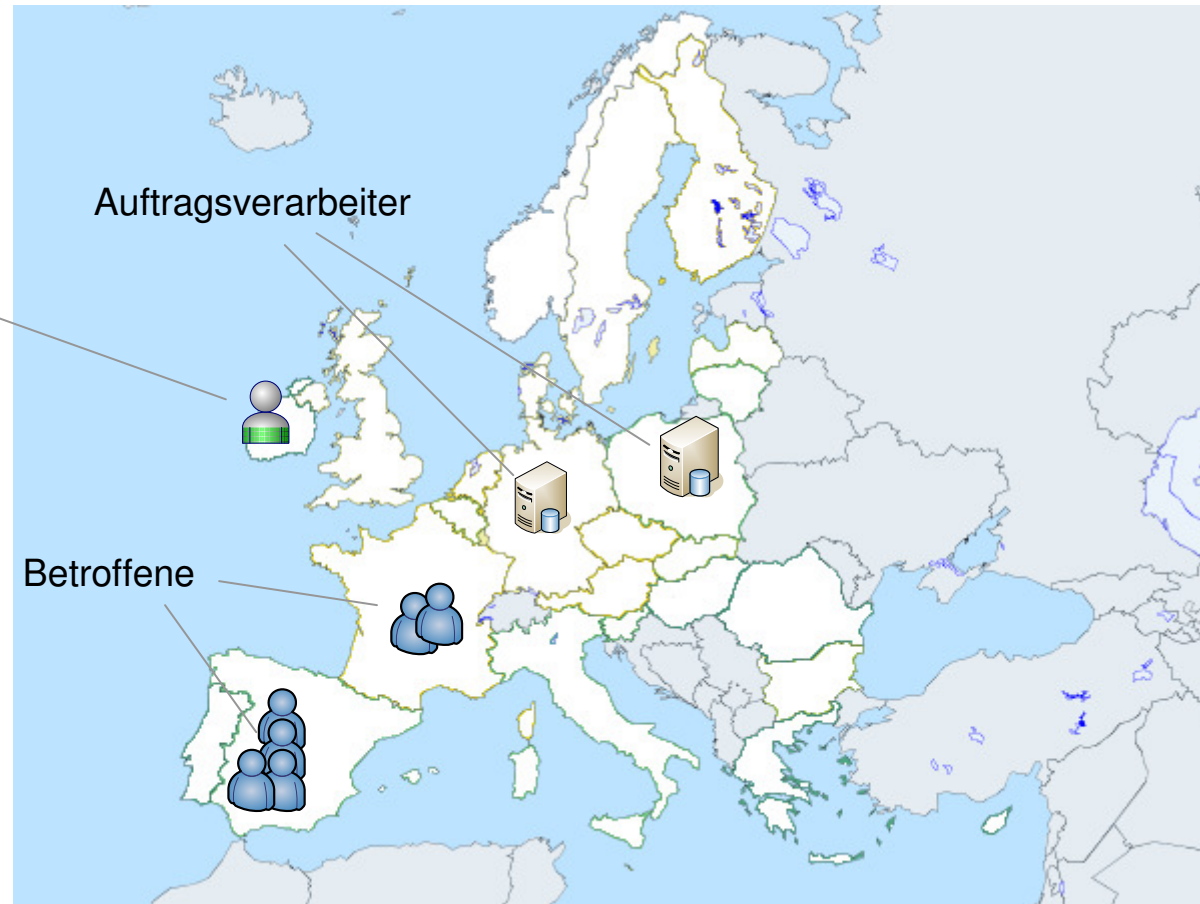
Welches Recht gilt? Nur eine Niederlassung in der EU

Verantwortlicher
ohne sonst.
Niederlassungen

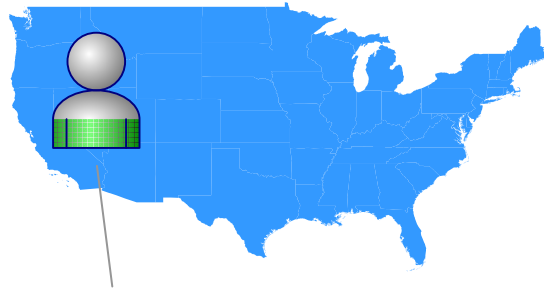
z.B.: Facebook
Ireland Ltd.

Auftragsverarbeiter

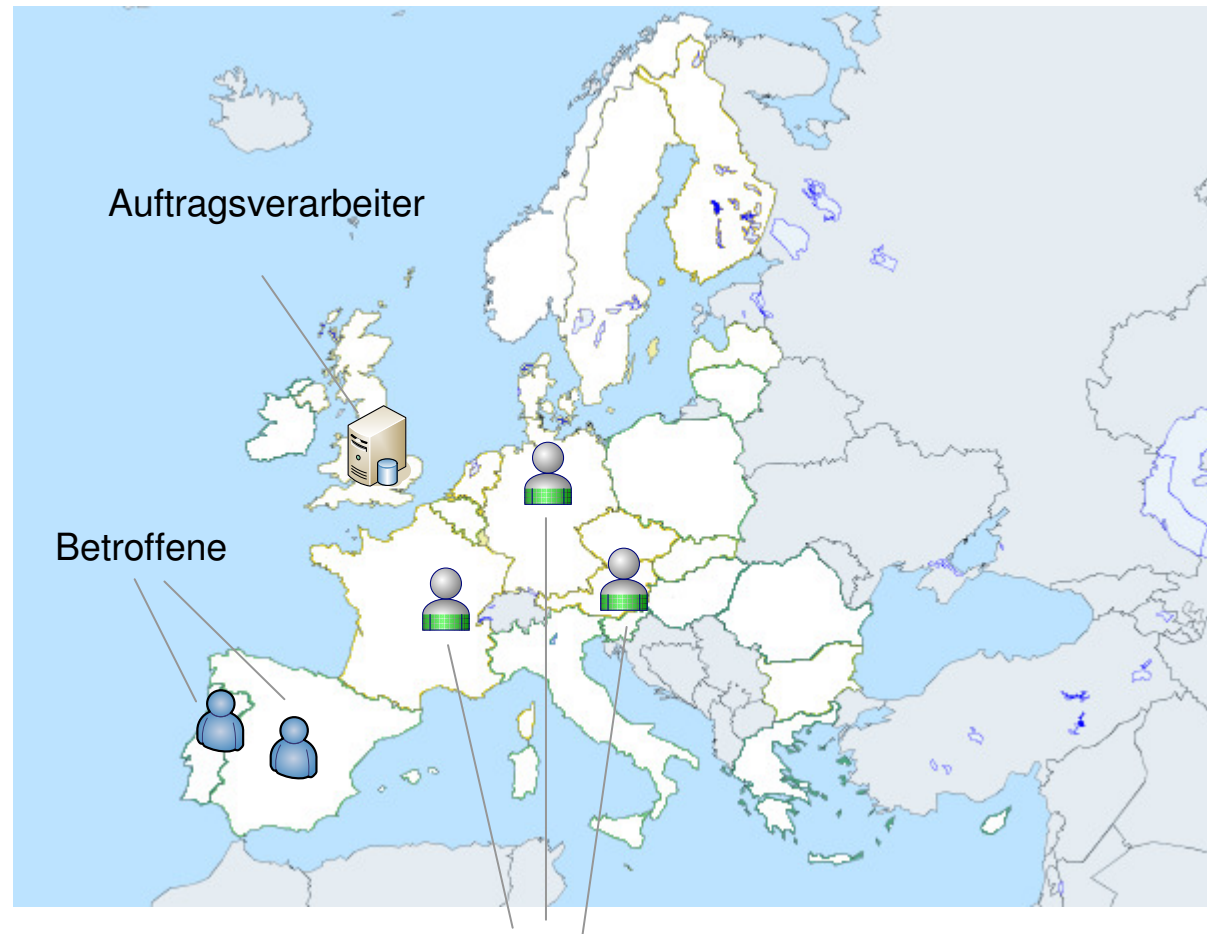
Betroffene



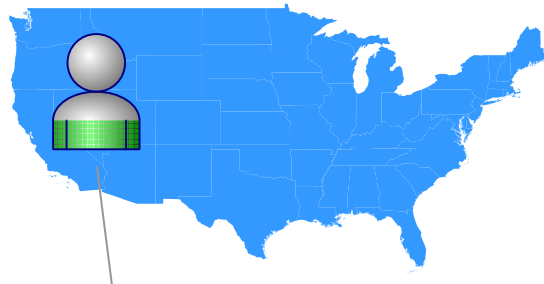
Welches Recht gilt? Mehrere Niederlassungen in der EU



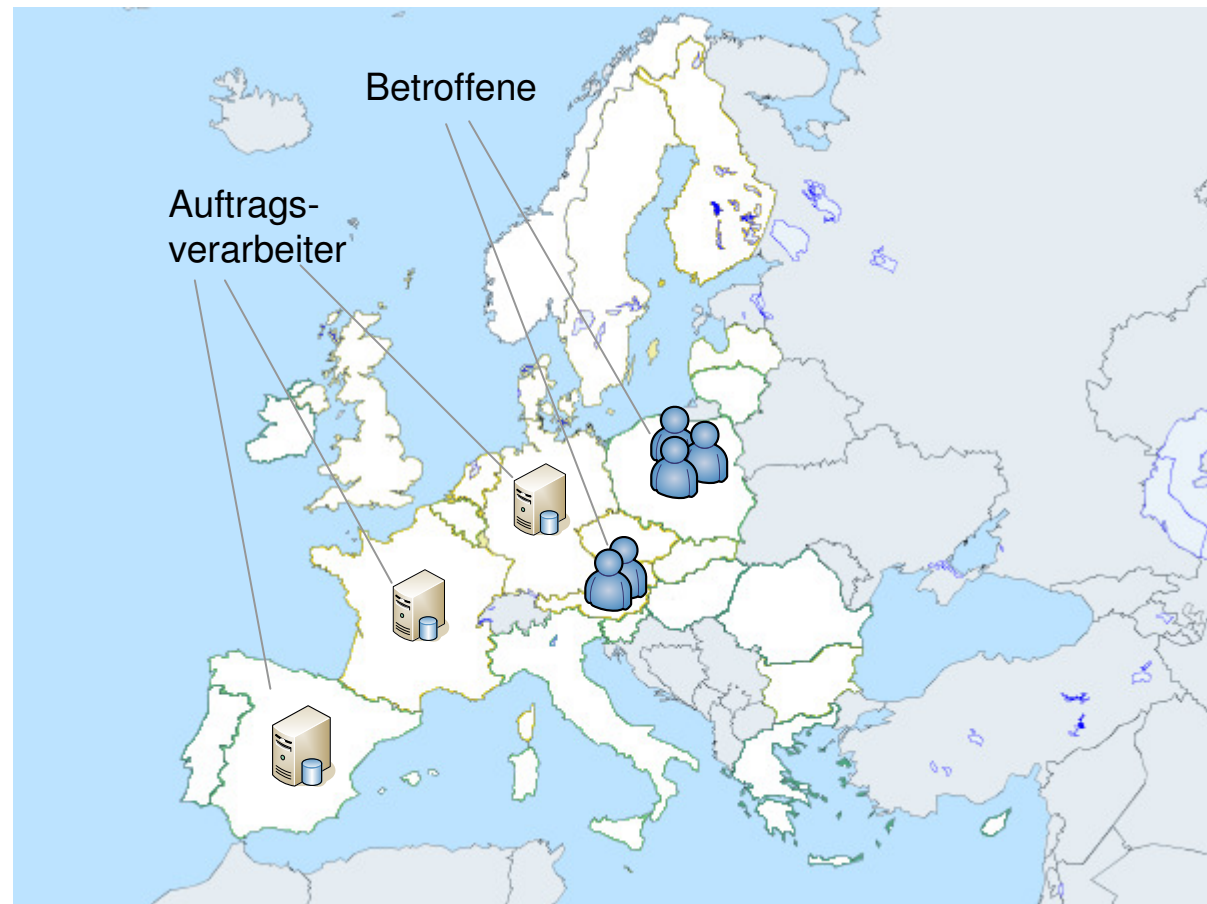
Verantwortlicher mit 3
Niederlassungen in
der EU



Welches Recht gilt? Keine Niederlassung in der EU



Verantwortlicher
ohne Niederlassung
in der EU



Zulässigkeit der Datenverarbeitung

Grundsätze:

- 1) Auf rechtmäßige Weise & nach Treu und Glauben
 - Erfordert in manchen Mitgliedstaaten zB arbeitsrechtliche Compliance
- 2) Zweckbindung: Verarbeitung nur für festgelegte eindeutige Zwecke
- 3) Datenminimierung: erhobene Daten müssen für die festgelegten Zwecke relevant sein
- 4) Richtigkeit und Aktualität: Pflicht zur Aktualisierung
- 5) Begrenzte Dauer: nur solange, wie für Zwecke erforderlich

Zulässigkeit der Datenverarbeitung #2

Personenbez. Daten dürfen nur verarbeitet werden, wenn (Art 7):

- 1) der Betroffene zugestimmt hat
 - Ist Zustimmung widerruflich? (“Right to be forgotten”)
- 2) für Vertragserfüllung erforderlich
- 3) Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen des Verantwortlichen
- 4) Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- 5) Erforderlich für Wahrnehmung im öffentlichen Interesse
- 6) überwiegende berechnigte Interessen des Verantwortlichen

Zulässigkeit der Verarbeitung sensibler Daten

Besondere Kategorien personenbezogener Daten (sensible Daten)

- rassistische und ethnische Herkunft,
- politische Meinung,
- Gewerkschaftszugehörigkeit,
- religiöse oder philosophische Überzeugung,
- Gesundheit
- Sexualleben

Eingeschränkte Zulässigkeit der Verarbeitung; insb:

- „überwiegende berechtigte Interessen des Verantwortlichen“
nicht ausreichend
- Zustimmung des Betroffenen muss in vielen MS ausdrücklich
sein

Meldepflichten gegenüber nationalen Datenschutzbehörden

- Verantwortlicher hat Verarbeitung der Datenschutzbehörde vor Inbetriebnahme zu melden (Art 18)
- Meldung muss enthalten (Art 19)
 - Name und Anschrift des Verantwortlichen
 - Zweck der Datenverarbeitung
 - Kreis der Betroffenen & Datenkategorien
 - Kreise der Übermittlungsempfänger
 - Allgemeine Beschreibung der Datensicherheitsmaßnahmen
- Meldungen sind öffentlich einsehbar
 - zB in Österreich: <https://dvr.dsk.gv.at>

Ausnahmen von der Meldepflicht

Mitgliedstaaten *können* Ausnahmen vorsehen für

- Bestimmte Datenkategorien & Verarbeitungszwecke
 - zB in Österr gem Standard- und Musterverordnung 2004
- Sofern der Verantwortliche einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellt
 - dieser muss Einhaltung des Datenschutzrechts überwachen und internes Register führen
 - Datenschutzbeauftragter genießt vollständige Unabhängigkeit
 - zB in Deutschland gem § 4f BDSG

Vorabkontrolle

- Besonders riskante Datenverarbeitungen dürfen erst nach erfolgter Genehmigung in Betrieb genommen werden (Art 20)
 - Welche Datenverarbeitungen das sind, bestimmt jeder Mitgliedstaat
 - zB in Österreich insb:
 - Sensible Daten
 - Strafrechtlich relevante Daten

Rechte des Betroffenen

- Auskunft (Art 12 lit a)
 - darüber, ob Daten des Betroffenen verarbeitet werden
 - welche Datenkategorien für welche Zwecke verarbeitet werden
 - Empfänger oder Kategorien von Empfängern
 - über die tatsächlichen Daten selbst „in verständlicher Form“
 - data portability?
 - über die Herkunft der Daten
- Berichtigung, Löschung oder Sperrung (Art 12 lit b)
 - Wenn unrichtig bzw. rechtswidrig gespeichert
- Widerspruch (Art 14)
 - Wenn Verarbeitung nicht auf Zustimmung beruht

Verpflichtende Datensicherheitsmaßnahmen (Art 17)

- Daten sind zu schützen vor
 - Verlust
 - Verfügbarkeit
 - zufälliger oder unrechtmäßiger Zerstörung od. Änderung
 - Integrität
 - Zugang durch Unbefugte
 - Vertraulichkeit
 - Nicht ordnungsgemäße Verwendung
 - Rechtmäßigkeit
- Sicherheitsmaßnahmen müssen unter Berücksichtigung der Kosten risikoadäquat sein

Data Security

Breach Notification

- *Die Pflicht betroffene Personen von der Kompromittierung ihrer personenbezogenen Daten zu informieren.*
- Eine „Erfindung“ aus Kalifornien:
 - California Senate Bill 1386 (2002)
- Zweck:
 - Betroffene sollen reaktive Maßnahmen ergreifen können
 - Markt-Transparenz hinsichtlich Daten-Sicherheit
- Rechtsquellen in der EU:
 - ePrivacy Directive
 - Nationales Recht: AT: § 24 DSGVO; DE: § 42a BDSG
 - Verträge

Breach Notification nach DSGVO 2000

- § 24 Abs 2a DSGVO 2000: Notifikations-Pflicht, wenn:
 - Unternehmen bekannt wird, dass personenbezogene Daten „systematisch und schwerwiegend“ unrechtmäßig verwendet wurden und
 - den Betroffenen Schaden droht
- Ausnahme: wenn Notifikation nicht im Verhältnis zum geringfügigen drohenden Schaden steht
- Form der Notifikation: „in geeigneter Form“
- Zeitpunkt der Notifikation: „unverzüglich“
- Rechtsfolge der Verletzung:
 - Verwaltungsstrafe: bis zu EUR 10.000 (§ 52 Abs 2 DSGVO 2000)
 - Haftung für Vermögensschäden nach allgem. Zivilrecht

Breach Notification nach BDSG

- § 42a BDSG: Notifikations-Pflicht, wenn:
 - Dritten unrechtmäßig zur Kenntnis gelangt sind
 - es drohen schwerwiegende Beeinträchtigungen
 - Gilt nur für:
 - Sensible Daten
 - Daten, die einem Berufsgeheimnis unterliegen
 - Daten, die sich auf strafbarer Handlungen beziehen
 - Daten zu Bank- oder Kreditkartenkonten
- Aufsichtsbehörde ist unverzüglich zu informieren
- Betroffene sind unverzüglich zu informieren; wenn unverhältnismäßig: in mindestens zwei bundesweit erscheinenden Tageszeitungen

Outsourcing – Datenübermittlung an Auftragsverarbeiter

- Verantwortlicher kann sich zur Datenverarbeitung eines Auftragsverarbeiters bedienen
 - Auftragsverarbeiter muss ausreichende Gewähr für rechtmäßige und sichere Datenverwendung bieten (Art 17 Abs 2) → zB: ISO/IEC 27001-Zertifizierung
 - Datenübermittlung muss durch Vertrag geregelt sein (Art 17 Abs 3), wonach
 - Daten nur im Rahmen der Aufträge des Verantwortlichen verarbeitet werden dürfen
 - in manchen MS: Vetorecht bei Sub-Auftragsverarbeitern
 - angem. Sicherheitsmaßnahmen zu implementieren sind
 - zu Beweis Zwecken schriftlich

Outsourcing an ausländische Auftragsverarbeiter

- Auftragsverarbeiter in der EU
 - Grds keine Meldung/Genehmigung erforderlich
- Auftragsverarbeiter außerhalb der EU
 - Nur Genehmigungsfrei, wenn Drittstaat angemessenen Datenschutz bietet (Art 25)
 - Lt. Europ. Kommission zB Kanada, Schweiz, Israel
 - und die USA:
 - Safe Harbor Program
 - “angemessener” Datenschutz, wenn
 - Sich der Auftragsverarbeiter nach Safe Harbor selbst-zertifiziert hat → safeharbor.export.gov/list.aspx
 - Rechtsdurchsetzung: FTC Act § 5

Outsourcing an ausländische Auftragsverarbeiter #2

- Outsourcing an Auftragsverarbeiter in Drittland ohne angemessenen Datenschutz
 - Genehmigungsfrei, wenn (u.a.; Art 26 Abs 2)
 - Zustimmung der Betroffenen
 - Zur Erfüllung eines Vertrages mit dem Betroffenen
 - im Inland zulässigerweise veröffentlichte Daten
 - Ansonsten besteht grds ein Genehmigungsvorbehalt
 - Genehmigung ist zu erteilen, wenn Dienstleister-Vertrag Standardvertragsklauseln der Europ. Kommission enthält (Art 26 Abs 2 iVm Abs 4)
 - In vielen Mitgliedstaaten: genehmigungsfrei, wenn Standardvertragsklauseln verwendet (nicht in Österreich)

Herausforderungen durch aktuelle IT-Trends

- Bring Your Own Device (BYOD)
- Cloud Computing
- Big Data

Bring Your Own Device

- BYOD verringert Sicherheitsniveau erheblich:
 - Authentifizierung der Nutzer am Endgerät?
 - Patch Management?
 - Datenverschlüsselung?
- Sicherheitsniveau häufig nicht angemessen (Art 17)
 - Kompensatorische Maßnahmen nötig
 - z.B. Remote Wiping und/oder Usage Monitoring

Bring Your Own Device – Remote Wiping

- Szenario: Dienstnehmer verlegt (verliert?) sein Gerät mit
 - Privaten Daten (Urlaubsfotos etc.)
 - Geschäftsgeheimnissen/Kundendaten
- Darf der Arbeitgeber ohne Zustimmung des Dienstnehmers ein Remote Wiping vornehmen?
 - Problem: Datenbeschädigung in allen Mitgliedstaaten strafbar (2005/222/JI bzw RL 2013/40/EU)
 - zB § 126a öStGB:
Wer einen anderen dadurch schädigt, dass er Daten, über die er nicht oder nicht allein verfügen darf, löscht ...

Bring Your Own Device – Remote Wiping #2

- Zustimmung des Dienstnehmers erforderlich
- Sollte vorab von allen Dienstnehmern schriftlich eingeholt werden
- Inhalt der Vereinbarung
 - Informationspflicht des Dienstnehmers an den Dienstgeber, wenn Endgerät verlegt/verloren
 - Voraussetzungen des Remote Wiping sind genau zu definieren

Bring Your Own Device – Usage Monitoring

- Frühzeitige Missbrauchserkennung durch Usage Monitoring, z.B.:
- Inhalt der Vereinbarung
 - GPS Tracking
 - Traffic Monitoring
 - Überwachung der Verwendung lokaler Apps
- Datenschutz im Arbeitsverhältnis
 - zB in Österreich: da Menschenwürde „berührt“ ist:
 - Zustimmung des Betriebsrats erforderlich, sofern einer vorhanden (§ 96 ArbVG)
 - Wenn kein Betriebsrat: Individualvereinbarungen mit jedem Arbeitnehmer (§ 10 AVRAG)

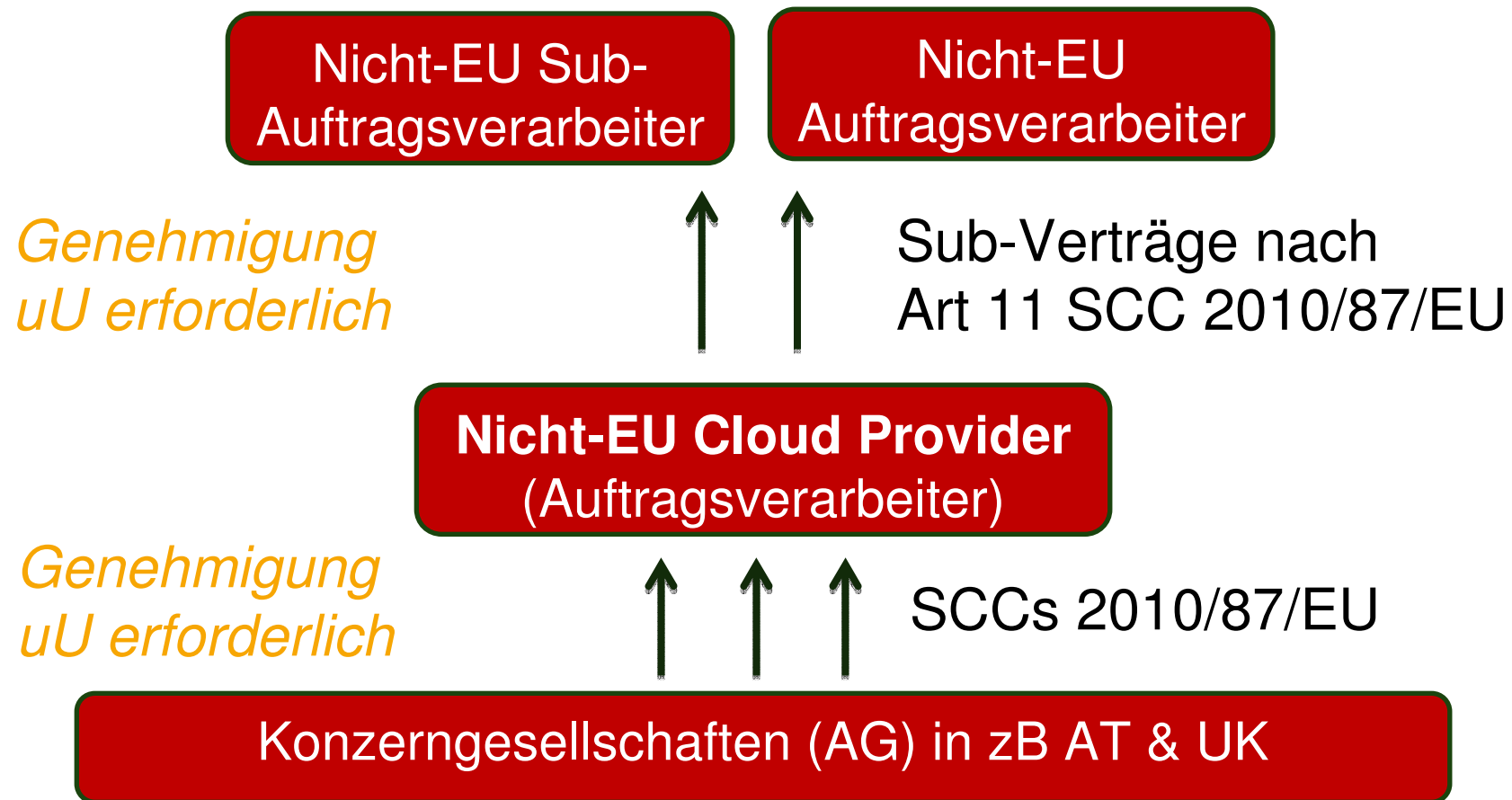
Cloud Computing - Zentrale Herausforderungen

- Internationale Datentransfers
 - Cloud Provider befindet sich oft in anderem Staat
 - Typischerweise sind Sub-Auftragsverarbeiter involviert
 - Software-Wartung
 - Support-Techniker
 - Zugriffsmöglichkeit durch Support-Personal gilt grds ebenso als Datentransfer

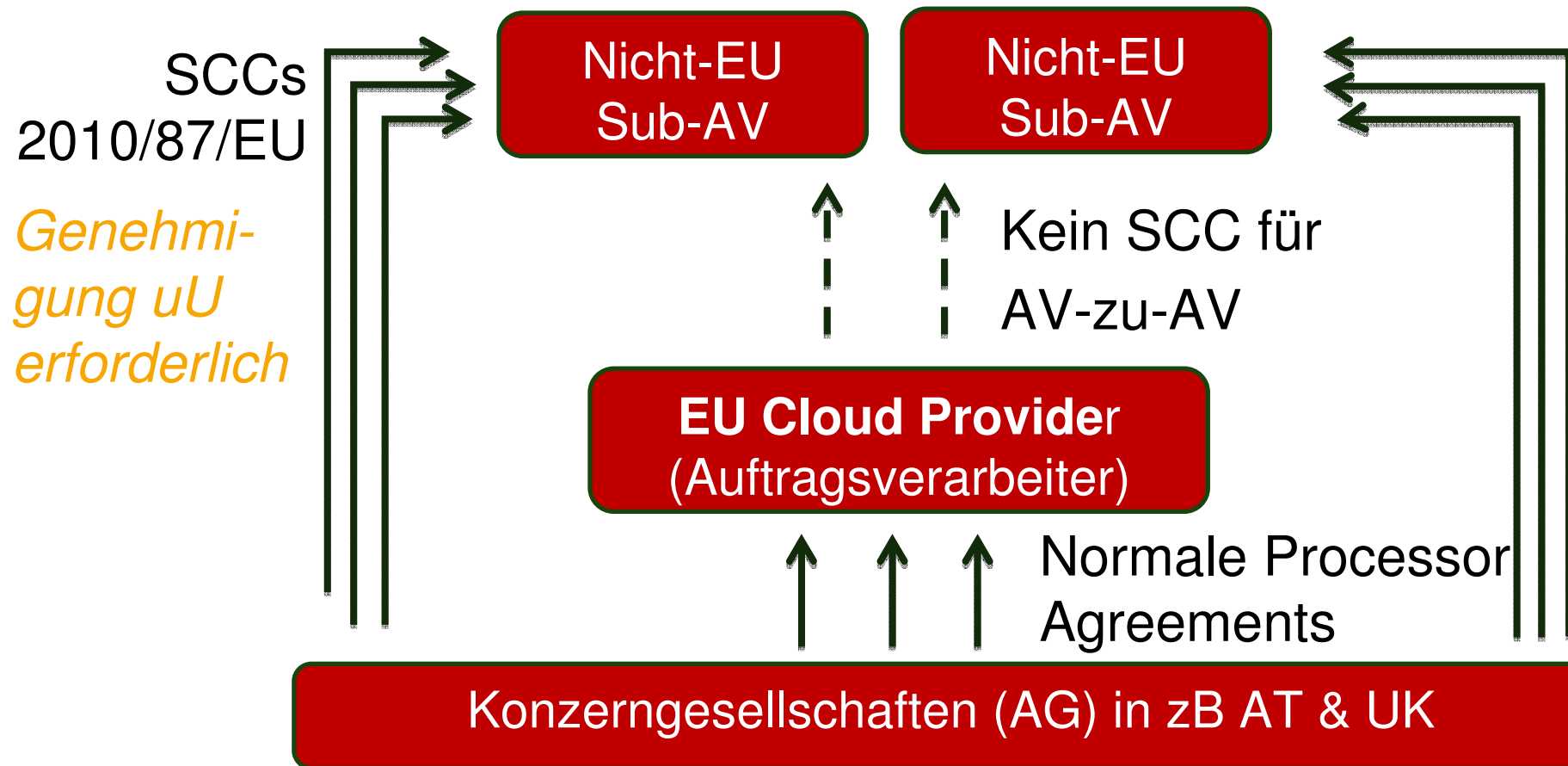
Cloud Computing - Zentrale Herausforderungen #2

- Vertragsstruktur bei Konzern-weiter Cloud-Nutzung
 - Zivilrechtlich: nur eine Konzerngesellschaft ist Vertragspartner
 - Datenschutzrechtlich:
 - Jede Konzerngesellschaft ist Auftraggeber nach ihrem nationalen Recht
 - Jede Konzerngesellschaft muss ein Data Processing/Transfer Agreement mit dem Cloud Provider schließen

Compliance-Lösung for Nicht-EU Cloud Provider & Sub-Auftragsv.



Compliance-Lösung für EU Cloud Provider & Sub-Auftragsverarb.



Big Data – Big Liability?

- Big Data ist gekennzeichnet durch:
 - Die automatisierte Analyse (Data Mining) von
 - idR unstrukturierten
 - großen Datenmengen
- Anwendungsgebiete von Big Data
 - Analyse und „Vorhersage“ des Kundenverhaltens
 - Personenbezogene Werbung
 - Preisdiskriminierung
 - Optimierung betrieblicher Prozesse
 - zB Planung des Personalbedarfs
 - Risiko- und Finanzmanagement

Big Data – Zentrale Herausforderungen

- Grundsatz der Zweckbindung: Verarbeitung nur für festgelegte eindeutige Zwecke & dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken unvereinbaren Weise weiterverwendet werden
 - Speicherung auf Vorrat für undefinierte Zwecke unzulässig
 - Jede Zweckänderung kann neue Registrierungs- und Zustimmungspflichten begründen (neue Datenanwendung)
- Vollautomatisierte Entscheidungen (Art 15): grds unzulässig, wenn
 - rechtliche Folgen oder erhebliche Beeinträchtigung des Betroffenen und
 - Bewertung einzelner Aspekte der Person (zB Leistungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit, Zuverlässigkeit)

Good News!

You're Not Paranoid - PRISM & Tempora

- Tempora – UK GCHQ
 - Total-Auswertung des Internet-Backbone-Traffics in UK
 - Rechtsgrundlage: Regulation of Investigatory Powers Act (RIPA)
 - Schranken?
 - Art 15 Abs 1 E-Privacy-RL (2002/58/EC) & Art 8 EMRK
- PRISM – U.S. NSA
 - Direkter Zugang zu Facebook, Google, Microsoft, Skype, ...
 - Rechtsgrundlage: Foreign Intelligence Surveillance Act
 - Schranken?
 - 1st & 4th Amendment to the U.S. Constitution?

Battle of Compliance: EU- vs. U.S.-Recht

- Internationale Konzerne unterliegen meist mehreren Rechtsordnungen
- USA PATRIOT Act § 505: Mit National Security Letters kann das FBI von jedermann Auskunft begehren
 - über sämtliche Transaktionsdaten
 - ohne gerichtliche Kontrolle
 - ohne Verhältnismäßigkeitsprüfung
 - Plus: Verpflichtung zur Geheimhaltung
- Datenschutzrecht der Mitgliedstaaten
 - Eingriffe müssen verhältnismäßig sein
 - Erfordernis eines effektiven Rechtsschutzes (Art 6 EMRK)

Battle of Compliance: EU- vs. U.S.-Recht #2

Zum Beispiel

- Internationaler IT-Service Provider betreibt Data Center in der EU
 - EU-Datenschutzrecht gilt
- Mit Sitz in den USA unterliegt er USA PATRIOT Act § 505
 - U.S.-Recht verpflichtet zur Verletzung von EU-Recht
 - EU-Recht verpflichtet zur Verletzung von U.S.-Recht

Ausblick

- Datenschutz-Grundverordnung der EU
 - einheitliches Datenschutzrecht in allen Mitgliedstaaten
 - Weitgehender Entfall von Meldepflichten (betrieblicher Datenschutzbeauftragte)
 - Vereinfachte Konzern-interne Datenübermittlungen, sofern Binding Corporate Rules
 - Strafen von bis zu 2% des Jahresumsatzes
 - Streitpunkte:
 - Zustimmung grds erforderlich?
 - Welche nationale Behörde soll zuständig sein?
 - Höhe der Strafen
 - Anti-NSA-Bestimmung

Kontakt

Baker & McKenzie
Schottenring 25
1010 Vienna
Tel.: +43 (0) 1 24 250
Fax: +43 (0) 1 24 250 600

Dr. Lukas Feiler, SSCP
lukas.feiler@bakermckenzie.com

Die Baker & McKenzie - Partnerschaft von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Solicitors ist eine im Partnerschaftsregister des Amtsgerichts Frankfurt/Main unter PR-Nr. 1602 eingetragene Partnerschaftsgesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in Frankfurt/Main. Sie ist assoziiert mit Baker & McKenzie International, einem Verein nach Schweizer Recht. Mitglieder von Baker & McKenzie International sind die weltweiten Baker & McKenzie-Anwaltsgesellschaften. Der allgemeinen Übung von Beratungsunternehmen folgend, bezeichnen wir als "Partner" einen Freiberufler, der als Gesellschafter oder in vergleichbarer Funktion für uns oder ein Mitglied von Baker & McKenzie International tätig ist. Als "Büros" bezeichnen wir unsere Büros und die Kanzleistandorte der Mitglieder von Baker & McKenzie International.